## Aufgaben und Interessen[[Bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&veaction=edit&section=1) | [Quelltext bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&action=edit&section=1)]



Streik bei den Münchener Verkehrsbetrieben, 2005

Die Gewerkschaften sind zumeist aus der europäischen [Arbeiterbewegung](https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterbewegung) hervorgegangen und setzen sich seit ihrem Bestehen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr [Mitbestimmung](https://de.wikipedia.org/wiki/Mitbestimmung), für [Arbeitszeitverkürzungen](https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitszeit#Arbeitszeitverk%C3%BCrzung) und teilweise auch für weitergehende Gesellschaftsveränderung ein. Sie schließen als Verhandlungspartner von [Arbeitgeberverbänden](https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitgeberverband) beispielsweise überbetriebliche [Tarifverträge](https://de.wikipedia.org/wiki/Tarifvertrag) ab und führen dazu Lohnkämpfe, gegebenenfalls auch mit Hilfe von [Streiks](https://de.wikipedia.org/wiki/Streik) und Boykotts. Die Gewerkschaften versuchen, in Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder, einen möglichst großen Teil der Unternehmensgewinne als Lohn und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an die [Belegschaft](https://de.wikipedia.org/wiki/Belegschaft) zu verteilen. Dagegen vertritt die [Unternehmensführung](https://de.wikipedia.org/wiki/Unternehmensf%C3%BChrung) die Interessen der [Unternehmensinhaber](https://de.wikipedia.org/wiki/Unternehmer) und [Aktionäre](https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion%C3%A4r), die möglichst hohe Gewinne erwirtschaften will, als ausgeschüttete [Dividende](https://de.wikipedia.org/wiki/Dividende) und neue betriebliche Investitionen. Da es keine *richtige* oder *optimale* Aufteilung der Gewinne gibt, ist die Gewinnverteilung eine Machtfrage, die von beiden Parteien entsprechend ihrer Interessenlage unterschiedlich beurteilt wird. Gewerkschaften, die eine positive Entwicklung des Betriebes ebenfalls im Auge haben müssen, sind deshalb auch für neue betriebliche [Investitionen](https://de.wikipedia.org/wiki/Investition), ohne die der Betrieb wirtschaftlich ins Hintertreffen geriete. Sie waren wegen dieser engen Verknüpfung mit den Unternehmensinteressen nie so radikal wie die [Arbeiterparteien](https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterpartei) im 19. Jahrhundert. Richtig ist, dass Gewerkschaften – häufig begrenzt auf fachliche Sektoren – für den Erhalt ihres Sektors kämpfen, auch wenn dieser ökonomisch nicht mehr [wettbewerbsfähig](https://de.wikipedia.org/wiki/Wettbewerbsf%C3%A4higkeit) ist. Gewerkschaftsvertreter sind sehr oft in den von Arbeitgebern finanzierten [Aufsichtsräten](https://de.wikipedia.org/wiki/Aufsichtsrat) an der Kontrolle der Betriebsleitung beteiligt. *Leitende Angestellte* werden mit steigender Hierarchieebene der Unternehmensleitung zugehörig betrachtet und sind entsprechend selten Gewerkschaftsmitglied.

## Ökonomische Grundlage[[Bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&veaction=edit&section=2) | [Quelltext bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&action=edit&section=2)]

Gewerkschaften weisen oft darauf hin, dass ihre Lohnforderungen für eine [Umverteilung](https://de.wikipedia.org/wiki/Umverteilung) mindestens des Produktivitätsfortschritts sorgen und so insbesondere die Massenkaufkraft, Voraussetzung für einen stabilen (Binnen-)[Konsum](https://de.wikipedia.org/wiki/Konsum), erhalten bleibt. So argumentieren Gewerkschaften auf der Grundlage nachfrageorientierter Wachstumsmodelle für ihre Positionen.

Insbesondere [neoklassisch](https://de.wikipedia.org/wiki/Neoklassische_Theorie) orientierte Ökonomen fordern ein flexibles [Arbeitszeitmodell](https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitszeitmodell); Gewerkschaften stehen jedoch häufig für andere Regelungen ein. Kritiker werfen Gewerkschaften vor, dadurch den heimischen Standort zu schwächen. Für die Ökonomen der Gewerkschaften – traditionell eher Anhänger des [Keynesianismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Keynesianismus) – geht die Krise auf dem Arbeitsmarkt v. a. auf die Produktivitätszuwächse zurück, die gesellschaftlich ungleich verteilt sind und der Markt deshalb nicht das erhöhte Produktionspotential aufnehmen kann ([Binnennachfrage](https://de.wikipedia.org/wiki/Binnennachfrage)). Die Gewerkschaften behaupten, nicht die [Lohnkosten](https://de.wikipedia.org/wiki/Lohnkosten) seien zu hoch, sondern die Löhne seien zu niedrig.

Gegner dieser Auffassung sagen, dass gerade für Unternehmen, die dazu in der Lage sind, flexibel den Standort in [Niedriglohnländer](https://de.wikipedia.org/wiki/Niedriglohnland) zu verlagern, hohe Stundenlöhne jedoch abschreckend seien. Andererseits können sich auch die Verhältnisse in Niedriglohnländern schnell ändern. In China steigen die Löhne derzeit um bis zu zehn Prozent pro Jahr. Die Chinesen verlagern ihre Produktionen nach Vietnam und Myanmar.

Es scheint, dass in [Osteuropa](https://de.wikipedia.org/wiki/Osteuropa) in den letzten Jahren zahlreiche neue Werke der [Automobilindustrie](https://de.wikipedia.org/wiki/Automobilindustrie) entstanden und in Deutschland Arbeitsplätze verloren gegangen seien. In Ländern mit hoher Produktivität und niedrigeren Lohnkosten als in Deutschland, etwa Schweden, blieben Arbeitsplätze hingegen erhalten. Gerade in der Industrie seien von Arbeitsplatzabbau auch zuliefernde Unternehmen und damit weitere Stellen betroffen. Tatsächlich haben sich aber die durchschnittlichen [Lohnstückkosten](https://de.wikipedia.org/wiki/Lohnst%C3%BCckkosten) in Schweden in den letzten zehn Jahren um das Vierfache mehr erhöht als in Deutschland. Auch ist die Zahl der in der deutschen Automobilbranche Beschäftigten in Deutschland sogar gestiegen.

In [globalisiertem](https://de.wikipedia.org/wiki/Globalisierung) Kontext aufgeführte keynesianische Argumente zu Nachfragestärkung würden nach den Kritikern angeblich damit überlagert, da ohne Arbeit auch keine Nachfrage möglich ist und weil sich Investitionen ungehinderter im globalen Markt bewegen können als Menschen.

Zur [Kaufkrafttheorie](https://de.wikipedia.org/wiki/Kaufkrafttheorie) der Löhne gibt es unterschiedliche Ansichten. Während der Kaufkrafttheorie kritisch gegenüberstehende Ökonomen meinen, dass diese Theorie die Verhältnisse zu sehr vereinfache, meinen die Befürworter dieser Theorie, dass die Gewinntheorie die Verhältnisse zu sehr vereinfache.

Durch die Senkung von [Konfliktkosten](https://de.wikipedia.org/wiki/Konfliktkosten) tragen die Gewerkschaften in Deutschland zu einer stabilen Grundlage der Wirtschaft bei. Im Vergleich zu anderen industriell entwickelten [Rechtsstaaten](https://de.wikipedia.org/wiki/Rechtsstaat) wird in Deutschland nur selten gestreikt. Als nach dem Prinzip der [Gewaltenteilung](https://de.wikipedia.org/wiki/Gewaltenteilung) wirkende Gegenkraft ermöglichen sie es den Arbeitgebern, sich klar auf ihre Standpunkte zu konzentrieren. Dem stehen auch *Konsenskosten* entgegen. In Rechtsstaaten sind diese vorwiegend finanzieller Natur. Sie unterscheiden sich somit von den menschlichen Kosten, die durch erzwungenen Konsens in [autoritären](https://de.wikipedia.org/wiki/Autoritarismus) Staaten entstehen.

## Ziele[[Bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&veaction=edit&section=3) | [Quelltext bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&action=edit&section=3)]

|  |  |
| --- | --- |
|  | Dieser Abschnitt bedarf einer Überarbeitung*: Der Inhalt ist veraltet, da er sich auf die wirtschaftliche Entwicklung vor der Finanzkrise bezieht und damit nicht mehr den aktuellen Stand widerspiegelt.*  Bitte hilf mit, ihn zu [verbessern](https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Wie_schreibe_ich_gute_Artikel), und entferne anschließend diese Markierung. |

In den vergangenen Jahren nahm der Druck auf die Gewerkschaften zu. Staaten in Mittel- und Osteuropa sowie in Asien gelang es, ein hohes Bildungs-, Produktivitäts- und Infrastrukturniveau aufzubauen. In Staaten wie China erfolgt der Druck auf Gewerkschaften durch [Kriminalisierung](https://de.wikipedia.org/wiki/Kriminalisierung) der Gründer unabhängiger Gewerkschaften. Weiterhin existiert als Kennzeichen für fehlende Rechtsstaatlichkeit ein Widerspruch zwischen gesetzlichen Regelungen und der Einklagbarkeit von Rechten.

Die Folge der Konkurrenz aus Gebieten mit geringerer Rechtsstaatlichkeit und der Unterdrückung von Gewerkschaften war zum Teil die Abwanderung von Arbeitsplätzen aus Westeuropa. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit und der (umstrittenen) These, ein [Industrieland](https://de.wikipedia.org/wiki/Industriestaat) wie Deutschland sei international nicht mehr wettbewerbsfähig, halten die Gewerkschaften an Lohnforderungen fest, die zumindest die [Inflation](https://de.wikipedia.org/wiki/Inflation) ausgleichen, aber auch teilweise höher sind als das [wirtschaftliche Wachstum](https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftswachstum), wenn in einer Branche besonders hohe Produktivitätszuwächse zu verzeichnen sind.

In Deutschland wird auf die im internationalen Vergleich wenigsten Streiktage verwiesen. Streiks sind für alle Gewerkschaften mit hohen [Kosten](https://de.wikipedia.org/wiki/Kosten) verbunden und für Arbeitgeber neben kurzfristigen Produktionsausfällen langfristig ein Standortnachteil. So ist es im Sinne beider Parteien, Streiks zu vermeiden.

Die meisten Gewerkschaften halten Strategien von Lohnsenkung, um gegen Maschinen zu konkurrieren oder um arbeitsintensive Produktionen zu halten, langfristig für verfehlt, auch wenn sie in Einzelfällen entsprechenden Abmachungen zustimmen. Eine [wirtschaftstheoretische](https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftstheorie) Grundlage für solche Lohnsenkungen hierfür gibt es jedoch nicht.

Gewerkschaften zielen bei ihren Aktivitäten auf die Schaffung neuer Massennachfrage, die die Binnen[konjunktur](https://de.wikipedia.org/wiki/Konjunktur) anregen soll. So wird die Abkopplung Deutschlands von der anziehenden Weltkonjunktur zum Teil auf die schwache Binnennachfrage zurückgeführt. Einige Wirtschaftsexperten kritisieren jedoch, dass dabei der doppelte Nachfrageeffekt von den Gewerkschaften keine Berücksichtigung findet. Nachfrage entstehe auch dann, wenn man es Unternehmen erleichtert, Investitionen zu tätigen. Jedoch ist die Wirkung der Investition der eines vorweggenommenen zukünftigen Konsums gleich, denn investiert wird nur dort, wo später Konsum erwartet wird.

Langfristig sei der Konsum der Zukunft durch die Kredite für die Investitionen in der Vergangenheit bereits gebunden. Somit könne man sich langfristig auf die Betrachtung des Konsums zurückziehen und deswegen den Effekt der doppelten Nachfrage ignorieren. Allerdings haben die letzten Jahre gezeigt, dass beispielsweise [Großunternehmen](https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Funternehmen) verstärkt nicht mehr im Inland, sondern auf den [Kapitalmärkten](https://de.wikipedia.org/wiki/Kapitalmarkt) oder in [Fusionen](https://de.wikipedia.org/wiki/Fusion_(Wirtschaft)) mit ausländischen Unternehmen investieren. Auch [Exportrekorde](https://de.wikipedia.org/wiki/Exportweltmeister) der [deutschen Wirtschaft](https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_Deutschlands) – die der These mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit widersprechen – können die Binnennachfrage nicht ausreichend stützen.

Bedeutender ist beim doppelten Nachfrageeffekt jedoch die Nachfrage im Inland. Diese ist naturgemäß hoch, wenn es heimischen Unternehmen gut geht. Denn nicht nur [private Haushalte](https://de.wikipedia.org/wiki/Privathaushalt), sondern insbesondere auch heimische Unternehmen konsumieren im Inland, etwa über Zulieferungen. Hohe Löhne oder hohe Abgaben jedoch wirkten diesem Konsum entgegen und verlagerten ihn ins Ausland. Dieser These wird aber mit dem Argument widersprochen, die hohen Löhne an ortsansässige Mitarbeiter würden diesen erst ermöglichen, auch in der Region ihr erarbeitetes Geld auszugeben, sodass sich bei Lohnerhöhungen allenfalls eine Substitution von Zahlungen an regionale Zulieferer zu Zahlungen an regionale Mitarbeiter ergebe. Ähnlich sehe es mit Staats[abgaben](https://de.wikipedia.org/wiki/Abgabe) aus, die auch vom jeweiligen Staat zur Bezahlung seiner Ausgaben in bevorzugt seinem Staatsgebiet verwendet würden.

## Gesellschaftspolitische Aufgaben der Gewerkschaften[[Bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&veaction=edit&section=4) | [Quelltext bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&action=edit&section=4)]

Den Gewerkschaften gelang es im Laufe der Nachkriegszeit immer deutlicher, auch als allgemeiner gesellschaftlicher Vertreter der Interessen der arbeitenden Bevölkerung politisch und institutionell anerkannt zu werden. Hierbei übernahmen sie außerhalb des eigentlichen Koalitionszwecks, wie der Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen beim Abschluss von Tarifverträgen, umfangreiche Aufgaben. Dies gelang vor allem im politischen Raum umso mehr, als sie in allen Parlamenten durch eine große Anzahl von ihnen als Mitglieder angehörenden Abgeordneten Unterstützung fanden. So waren in den Bundestagen von 1965–1987 sowie von 1998 (gemeint ist jeweils das Wahljahr) zwischen 50 % und 60 % der Abgeordneten Mitglieder von Gewerkschaften, 2002 waren es 47 %, 2005 sind es unter 40 % (36 % bei den [DGB](https://de.wikipedia.org/wiki/DGB)-Gewerkschaften). Im Rahmen der [Mitbestimmung](https://de.wikipedia.org/wiki/Mitbestimmung) der Arbeitnehmer bei den sie beschäftigenden Betrieben erhielten die Gewerkschaften, soweit sie dort Mitglieder besitzen, selbständige Antrags- und Beteiligungsrechte, wie auch grundsätzliche Zugangsrechte zu diesen Betrieben. Bei Unternehmen, die mehr als 2000 Beschäftigte haben, haben sie das Recht zwei oder drei der den dort Beschäftigten zustehenden Aufsichtsräte (zwischen sechs und zehn je nach Betriebsgröße) direkt zu stellen. Zwar werden auch die Gewerkschaftsvertreter von den stimmberechtigten Mitarbeitern des Betriebes oder deren Delegierten gewählt, jedoch steht das Vorschlagsrecht hierzu allein der Gewerkschaft zu. So saßen nach einer Ermittlung des [Instituts der deutschen Wirtschaft](https://de.wikipedia.org/wiki/Institut_der_deutschen_Wirtschaft) aus dem Jahre 2006 in den Aufsichtsräten der mitbestimmungspflichtigen Unternehmen ca. 1.700, zum Teil hochrangige, Vertreter der Gewerkschaften. An der Sozial- und Arbeitsverwaltung nehmen die Gewerkschaften teilweise durch Entsendung von Mitgliedern teil und treten immer dort als Vertreter der Arbeitnehmer auf, wo die Arbeitgeber sich von ihren Verbänden vertreten lassen. Aufgrund ihrer Stellung entsenden sie auch ihre Vertreter in allgemeine Einrichtungen, wie etwa den bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gebildeten [Rundfunkräten](https://de.wikipedia.org/wiki/Rundfunkrat).

## Organisationsgrad[[Bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&veaction=edit&section=5) | [Quelltext bearbeiten](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gewerkschaft&action=edit&section=5)]

Ein wichtiger Maßstab für die Durchsetzungskraft einer Gewerkschaft oder eines Gewerkschaftsverbandes ist der [Organisationsgrad](https://de.wikipedia.org/wiki/Organisationsgrad). Gewerkschaft basiert auf Gemeinschaft und aus dieser Gemeinschaft resultiert eine "Position der Stärke". Je größer die Gemeinschaft, desto größer auch die Position der Stärke. Der (Netto-)Organisationsgrad bezeichnet dabei den Anteil der in einer Branche oder einem Organisationsbereich beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder an allen in dieser Branche oder diesem Bereich Beschäftigten.

Manche Gewerkschaften in manchen Ländern haben wie andere gesellschaftliche Großorganisationen in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Mitgliederschwund gehabt. Das Gesamtbild ist jedoch nicht einheitlich. Häufig genannte Gründe für einen Rückgang sind eine gesellschaftliche Tendenz zur [Individualisierung](https://de.wikipedia.org/wiki/Individualisierung), kleiner werdende Betriebsstrukturen, Verringerung von Arbeitsplätzen in der Industrie zu Gunsten des Dienstleistungsbereichs, aber auch der Führungsstil der Gewerkschaften, Korruptionsaffären und Unzufriedenheit der Mitglieder mit den Ergebnissen bei der Durchsetzung von Entgelterhöhungen. Einzelheiten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen. In Deutschland verzeichnen manche Gewerkschaften inzwischen wieder Mitgliederzuwächse.